

Jahrestagung 2024 in Hamburg

Die Jahreshauptversammlung des PEN-Zentrums Deutschland hat folgende Resolution verabschiedet:

## Gegen Antisemitismus und für Existenzrecht Israels

Als Mitglieder des PEN und beruhend auf der Charta des PEN stellen wir uns jeder Art des Antisemitismus entgegen. Ebenso bekennen wir uns zum Existenzrecht Israels.

Der brutale Überfall von Hamas-Terroristen auf Kibbutzim und ein Musikfestival in Israel am 07. Oktober 2023, das gezielte Töten von Zivilisten, darunter Frauen, Senioren, Kinder und Kleinkinder sowie das Verschleppen von über hundert Geiseln bedeutet eine Zäsur in der konfliktreichen Geschichte in der Region. Unter den Verschleppten sind auch Beduinen und arabische Israelis sowie Überlebende des Holocaust.

Dieser Konflikt breitet sich zunehmend auch in Deutschland aus, von wo sich einst der schlimmste Massenmord an Juden - viele von ihnen seit Generationen Deutsche und deutsche Staatsbürger - vollzogen hat. Es ist nicht hinnehmbar, dass in unserem Land erneut Menschen jüdischen Glaubens, Synagogen und säkulare Einrichtung, die in Verbindung zum Judentum stehen, angegriffen werden. Jüdinnen und Juden müssen ihre Religion frei ausüben und hier in Sicherheit leben können. Sie bedürfen unseres Schutzes.

Inzwischen mehren sich Erkenntnisse, dass antisemitische Übergriffe nicht nur aus dem Umfeld des Rechtsextremismus kommen, sondern auch u.a. aus dem Iran heraus gesteuert werden. Islamisten beteiligen sich ebenfalls an Kundgebungen gegen Israel. Auch der Linksextremismus hat eine lange, antisemitische Tradition. Die einst u.a. von Ulrike Meinhof proklamierte Behauptung, Antisemitismus sei nichts anders als Antikapitalismus, bekräftigte auch damals eine alte Verschwörungstheorie.

In einer durch massive Propaganda betriebenen Täter-Opfer-Umkehr erscheint der offene Antisemitismus bis hin zur Forderung der Vernichtung Israels immer ungezügelter auf unseren Straßen. Dem müssen wir uns entgegenstellen.